



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Sieger, Robert: Die künftigen Grenzen Deutsch-Österreichs

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

auf Widerstand stieß, jetzt nach dem Kriege neu ausleben und Erfolge haben wird. Sie aufdringlich zu unterstützen, wäre sicherlich verfehlt. Aber wir können ihr entgegenkommen, in dem wir den Katholizismus nicht als Hemmnis, sondern als einen historisch gewordenen Faktor unserer geschichtlichen Entwicklung betrachten lernen. Wir haben nur wenige gemeinsame geschichtliche Erinnerungen. Die großen Ereignisse der deutschen Geschichte seit der Reformation pflegen Protestanten und Katholiken verschieden zu beurteilen; selbst der Reichsgründung von 1870/71 steht ein Teil der Katholiken, wie wir aus Herlings Buch von neuem ersehen, innerlich kalt und ablehnend gegenüber, der Kulturkampf hat diese Ablehnung gesteigert, das große gemeinsame Erleben des Weltkrieges ist vorläufig wenigstens durch die Revolution ausgelöscht. Und doch erweckt gerade die Betrachtung der Geschichte Hoffnung auf ein künftiges besseres Verstehen. In den sechziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts wurde selbst unsere mittelalterliche Geschichte in den politischen Streit zwischen großdeutsch-katholischer und kleindeutsch-protestantischer Auffassung hineingezogen; der gelehrte Kampf zwischen Ficker und Sybel schlug sogar bis in die Verhandlungen des deutschen Reichstags seine Wellen. Gründliches und unbefangenes Studium hat diesen Streit beendet, wie ja überhaupt ein eingehendes Studium der Dinge in der Regel auch Verständnis für den Standpunkt des Gegners erweckt. Nur leichtfertige Oberflächlichkeit begnügt sich mit dem äußeren Schein; nur beschränkte Einseitigkeit verzichtet darauf, auch die andere Seite, die jedes Ding hat, zu betrachten. Und dazu kommt noch eines. Mögen auch Protestanten und Katholiken in der Beurteilung der Geschichte oft auseinandergehen, wir haben trotzdem eine gemeinsame Geschichte, denn jede Not, die auf Deutschland lastet, trifft beide Konfessionen gleich. Wir haben das erlebt im Zeitalter des dreißigjährigen Krieges, Ludwigs des vierzehnten und Napoleons, wir erleben es heute aufs neue. In solcher Zeit der Not hilft es aber nichts, sich zu streiten, wer die Schuld trägt, sondern es heißt gemeinsam Hand anzulegen zum Bau einer besseren Zukunft. Gemeinsame Hilfe in gemeinsamer Not hat Reiche und Staaten gegründet. Dieses Wort Grillparzers soll auch uns eine Mahnung sein.



Die künftigen Grenzen Deutsch-Oesterreichs

Von Professor Robert Sieger



ie Verhandlungen in St. Germain haben sich schließlich doch etwas anders gestaltet, als ich im August (Grenzboten S. 229 ff.) erwartete. Nicht nur die Schweizer privaten Propagandastellen, die auch weiterhin die öffentliche Meinung des Auslandes aufklären und den beginnenden Umschwung der Stimmung in England und Amerika befördern können und müssen, nicht nur der Verkehr mit den Wiener Entente-Missionen (die der Druckfehlerteufel S. 230 auf „Gänsefüße“ gestellt hat, obwohl sie vollgültige und sehr entschieden auf tretende Missionen sind), sondern auch Unterredungen in St. Germain selbst kamen dem Friedenswerk und in bescheidenem Maße der deutsch-österreichischen Auffassung zugute. Der christlich-soziale „Berater“ des Staatskanzlers, Abgeordneter Professor Dr. Gürtler, hat sich in einem im Grazer Volksblatt vom

28. September veröffentlichten Vortrage darüber folgendermaßen ausgesprochen: „Da ist es am Platze, eines Mannes zu gedenken, der uns unschätzbare Dienste leistete, des Generals Slatin Slatin war es, der den Pestkordon durchbrochen hat, der uns umgeben hatte. Er hat dafür gesorgt, daß Mitteilungen, die wir sonst unmöglich an die leitenden Ententemänner gelangen lassen konnten, an die richtige Adresse gebracht wurden. Und wenn einmal ein Bann gebrochen ist, dann geht es schon leichter. Die Offiziere der Militärmission, die uns umgaben, traten in ein immer freundschaftlicheres Verhältnis zu uns, und sie nahmen auch Mitteilungen von uns entgegen. Wir erfuhren dann auch das eine und das andere über die Vorgänge in der hohen Friedenskonferenz. Da waren auch wieder Schwierigkeiten, denn was wir erfuhren, deckte sich nicht immer mit dem, was tatsächlich vorging, und wir mußten nun erraten, was das richtige sein wird.“ Der Beginn dieser „inoffiziellen Verhandlungen“, wie es Görtler nennt, scheint in die Zeit vom 4. August an zu fallen, soweit sich für einen solchen allmählichen Vorgang ein Datum nennen läßt; nach dem Besuche des Kanzlers in Wien bis zur Überreichung des endgültigen Vertrags wurde wieder „hin und her verhandelt“. Daß man auf diese Überreichung so lange warten mußte, war ein gutes Zeichen. „Wir dachten, je länger es dauerte, desto besser wird der Vertrag.“ Der großdeutsche Kollege Görtlers, Abgeordneter Dr. Schönbauer, hat sogar die Überzeugung ausgesprochen, daß man die Verhandlungen nicht lange genug hinausgezogen habe. Es ist sicher, daß man um so mehr für uns erreicht hätte, je später der Friede geschlossen worden wäre, da die Einsicht in die Unnatur der gestellten Bedingungen auch auf der Gegenseite sich immer mehr Bahn brach. Das geben auch diejenigen zu, welche Schönbauer wegen dieser Äußerung angreifen. Aber sie erklären, daß eine weitere Verzögerung unmöglich gewesen sei, da die Termine nicht in St. Germain, sondern in Paris bestimmt wurden. Ein Fehler wurde jedenfalls begangen. Man entließ die Vertreter der Länder zu bald nach Hause, da man die Grenzfragen für endgültig geregelt hielt. Und dann erfolgten plötzlich Abänderungen jener Vereinbarungen, welche der Kanzler schon daheim hatte mitteilen lassen. Ob die Ländervertreter in diesem Stadium noch hätten wirksam aufklären können, ob die Generalkommissäre denselben Standpunkt vertraten und vertreten konnten, den jene eingenommen hätten, ob sie überhaupt noch zu Worte kamen, dies und anderes läßt sich nicht beurteilen, solange jene Vorgänge nicht amtlich dargestellt sind. Aber es muß angenommen werden, daß die Heimsendung dieser Sachverständigen den südslawischen Vertretern zeigte, unsere Delegation halte die Gebietsfragen für erledigt und sei keines weiteren Angriffs mehr gewärtig. Die Südslawen unternahmen aber einen solchen in letzter Stunde und mit Erfolg. Ich komme darauf noch zurück.

Das Ergebnis der Verhandlungen entspricht den von mir ausgesprochenen Erwartungen. Die Milderungen beziehen sich wesentlich auf wirtschaftliche Fragen und die Wiedergutmachungskommission mit einer von ihr einzusetzenden Spezialkommission erhält weitgehende Befugnisse, den „Lebensinteressen Oesterreichs“ Rechnung zu tragen. Auch die Verträge, welche die Hauptmächte mit den österröichischen „Sutzeffionsstaaten“ über den Minderheitenschutz abschließen, scheinen nicht ganz so nichtsagend auszufallen, wie wir gefürchtet hatten, wenn auch keineswegs befriedigend. Die gewährten Zugeständnisse mußten aber durch eine ausgesprochen „westliche Orientierung“ erkaufte werden, der nun Renner bei wiederholten Gelegenheiten bestimmten Ausdruck gegeben hat. Und die gehässige Annahme, daß unser Alpenstaat der alleinige Rechtsnachfolger

Oesterreichs, daß seine Bewohner und jene Ungarns die alleinigen „Schuldigen“ am Weltkrieg seien, wird in der Begleitnote aufrecht erhalten. Ja wir lesen hier die jedem Wiener höchlichst überraschende Behauptung: „Man hat aus Wien den wirtschaftlichen und politischen Mittelpunkt des Reiches gemacht; alles war daselbst künstlich konzentriert, man hat die Provinzen ihres Blutes beraubt, man hat die Eisenbahnstraßen lahmgelegt, um die Hauptstadt blühender zu gestalten.“ Eine derartige Anklage gegen einen Staat, der seine Hauptstadt von Tag zu Tag mehr vernachlässigt hat, beleuchtet grell die Wahrheitsliebe derjenigen, welche die Entente über Oesterreich-Ungarn unterrichtet haben. Aber selbst wenn sie wahr wäre, würde sie die Gehässigkeit der Friedensbedingungen nicht rechtfertigen.

Zu folgenden soll das an dem Beispiel der Lösung gezeigt werden, die man den Gebiets- und Grenzfragen angedeihen ließ. Die Begleitnote behauptet, diese sei „in billiger Weise“ und derart erfolgt, „daß in Mitteleuropa ein dauernder Friede herbeigeführt werde“. Durch diesen Satz soll wohl gerechtfertigt werden, daß — um der Begleitnote selbst zu folgen — hier die „historischen Grenzen der Krone von Böhmen“ festgesetzt, und nur in zwei Fällen davon abgewichen wurde, „in denen die wirtschaftlichen Interessen der neuen Staaten die Gegenvorstellungen der österreichischen Republik zu überwiegen schienen und scheinen“, dort, in bezug auf Jugoslawien, „nach Möglichkeit den anerkannten Sprachgrenzen“ gefolgt werden sollte, wieder anderswo an Italien auf Grund „einer absichtlich gegen das Leben des italienischen Volks gelenkten Bedrohung“ durch die vorgeschobenen militärischen Stellungen Oesterreich-Ungarns „die natürliche Grenze der Alpen“ zugestanden wird und endlich Oesterreich von Ungarn „gewisse Gebiete deutscher Zunge“, d. h. nur einen Teil Deutsch-Besungarns erhalten soll. Ich habe gerade in Grenzfragen doktrinäre „Grundsatztreue“ immer für politisch verfehlt und die geographischen Verhältnisse des Einzelfalles für maßgebend gehalten. Wer aber wie die Entente (und ihr Anhang bei uns) immer hochtönend von „Grundsätzen“ predigt, kann diese vierfache Verschiedenheit des bestimmenden Gesichtspunktes nicht rechtfertigen. Zudem ist auch das jeweilige Prinzip nicht eingehalten oder falsch angewendet. Die historischen Grenzen der „Böhmischen Krone“ umfassen nicht die Slowakei und nicht die abgeschnittenen Teile Niederösterreichs. Die Grenze gegen Jugoslawien folgt nicht einer „anerkannten Sprachgrenze“, sondern slowenischen Ansprüchen, die durch falsche Behauptungen über die nationale Beschaffenheit des Grenzgebiets begründet werden sollen, auf angeblich „germanisierte“, heute aber zweifellos deutsche Gebiete. Der wasserscheidende Alpenkamm ist nur für eine veraltete Diplomatenweisheit eine „natürliche Grenze“, und die „absichtliche“ Bedrohung Italiens wird dadurch gekennzeichnet, daß 1866 und 1915 nicht aus Tirol nach Italien, sondern von der Poebene nach Tirol und 1915 auch in den Karst der Angriffskrieg getragen wurde. Deutsche Geographen und Militärs haben die „natürlichen Grenzen“, die Tirol schützen, am Ausgang der Südalpen gesucht.¹⁾ Überdies

¹⁾ Die deutsch-österreichische Abwehrliteratur habe ich zusammenfassend in der „Weltwirtschaft“ 1919, S. 142—148 und in der „Deutschen Arbeit in Oesterreich“, XVIII S. 243 bis 249, 305 behandelt. Hier sei neben den nun auf vierzig Hefte gediehenen „Flugblättern für Deutsch-Oesterreichs Recht“ nur einiger umfangreicherer Darstellungen gedacht: Penck, Die österreichische Alpengrenze, Stuttgart 1916. — Die Einheit Tirols, Denkschrift des akademischen Senats Innsbruck, 1918. — Wutte, Deutsche und Slowenen in Kärnten, Klagenfurt 1918. — Die Südgrenze der deutschen Steiermark, Denkschrift des akademischen Senats, Graz 1919 (dazu Pirchegger, Das steirische Draugebiet — ein Teil Deutsch-Oesterreichs, Graz 1919).

griff Italien über die geforderte Wasserscheide der Adria an drei wichtigen Stellen hinaus, indem es Sexten, Tarvis und Udelsberg an sich riß.²⁾

Das Ergebnis dieser „billigen“ Erwägungen ist die Verstümmelung und die Lebensunfähigkeit Deutsch-Oesterreichs, das in seiner Versorgung mit Nahrung und Rohstoffen an die feindlichen Nachbarn und die Staaten der Entente gebunden, durch offene, verteidigungsunfähige Grenzen entwaffnet, dem slawischen Imperialismus preisgegeben, alle Selbständigkeit gegenüber den Ententemächten verliert und durch ein wahres Hereinfluten fremder Unternehmer, die seine Bodenschätze und Industrien billig erwerben, mit dauernder wirtschaftlicher Knechtung bedroht ist. Der Umfang seines Gebiets stempelt es zum Kleinstaat, die Form des Staatsgebiets begünstigt die Sonderbestrebungen der Länder, von denen ein andermal die Rede sein soll. Vorarlberg, dessen Erwähnung in St. Germain man erwartete — sein Landeshauptmann war anfangs in unserer Delegation — kam dort nicht zur Sprache. Es bleibt nach dem Vertrag bei Deutsch-Oesterreich, und damit wird auch Nordtirol fester an dieses gefittet. Der Kanzler fand entschiedene Worte der Abwehr gegen die früher ziemlich gelassen hingenommenen Ablösungsbestrebungen und gegen die staatsrechtliche Auffassung der Tiroler, unter denen der Gedanke einer Vereinigung mit Italien lebendig zu werden scheint. Durch ihn soll die Einheit des Landes erhalten bleiben. Er ist übrigens nicht neu. Die vorarlbergisch-inntalerische Grenzhalbinsel vom Großvenediger bis zum Bodensee sucht ihresgleichen auf der Karte von Kulturstaaten; sie erinnert an den Caprivizipfel oder an das afghanische Gebiet am Pamir. Wirtschaftlich hängt sie mit dem Kern des Staats kaum mehr zusammen; die einzige Bahn, die sie mit diesem verbindet, ist wichtiger als Verbindung „Oesterreichs“ mit der Schweiz und dem Westen, wie als solche mit dem vorgeschobenen Teil des eigenen Staatsgebiets. Dieser ist aber auch zwischen Deutschland, Schweiz und dem erweiterten Italien keines selbständigen Wirtschaftslebens fähig, er wird ein Kampf- und Durchgangsgebiet für die Interessen dieser Nachbarländer. Verteidigen kann ihn weder er selbst, noch das mit ihm so schlecht verbundene Reich, ganz abgesehen von der Entwaffnung. Der Rest des Staats ist geschlossener, bekommt aber überall offene Grenzen.

Ehe wir diese betrachten, sei eine Übersicht der Gebietsverluste gegeben; da die Grenze fast nirgends genau festgelegt ist, sondern im einzelnen noch durch Kommissionen bestimmt werden soll, kann das nur in runden Zahlen geschehen. Deutsch-Oesterreich wurden rund 82 000 Quadratkilometer zugesprochen, auf denen im Jahre 1910 6,6 Millionen Menschen, davon 6 Millionen Deutsche lebten. Das sind etwa 68 v. H. des als Staatsgebiet Deutsch-Oesterreichs beanspruchten Bodens, 63 v. H. seiner Bewohner und 64 v. H. seiner Deutschen. Bayern mit 76 000 Quadratkilometer ist etwas kleiner, hat aber mit 6,9 Millionen etwas mehr Einnahme. Verloren gehen an die Tschechen 27 000 Quadratkilometer mit 3,3 Millionen Einwohnern (3,1 Millionen Deutsche), an die Italiener 9 000 Quadratkilometer mit etwa 287 000 Menschen (231 000 Deutsche), an die Südslawen 2 500 Quadratkilometer mit 200 000 Einwohnern, darunter 60 000 Deutsche. Dazu kommen die beiden Abstimmungsgebiete in Kärnten. Das südöstliche, das von den Jugoslawen besetzt ist und in dem sie rücksichtslos die Abstimmung „vorbereiten“, hat eine Fläche von 1 740 Quadratkilometern und 72 000 Einwohner, davon 22 600 Deutsche. Stimmt es für Deutsch-Oesterreich — wie es bei einer wirklich freien

²⁾ Die Sprachgrenze in Tirol gäbe den Italienern eine militärisch gesicherte, Bozen bedrohende und beherrschende Grenzstellung. Sie wurde von Deutsch-Oesterreich vorgeschlagen.

Abstimmung zu erwarten wäre, nun aber immer zweifelhafter wird — so kommt das engere Klagenfurter Gebiet ohne weiteres zu unserem Staat; andernfalls wird auch hier abgestimmt. Es handelt sich um 329 Quadratkilometer mit 58 600 Einwohnern, davon sind gegen 50 600 Deutsche. Günstigenfalls kann also der deutsche Südoststaat auf rund 84 000 Quadratkilometer mit 6,7 Millionen Einwohnern kommen.

Wie ist nun dies Gebiet begrenzt? Für Tirol sind die Bestimmungen vom 2. Juni unverändert geblieben. Grenze ist die adriatische Wasserscheide im ganzen, aber an dem Reschenpaß wird ein kleiner Teil des Inngebiets, beim Toblacher Feld das nicht unerhebliche oberste Draugebiet zu Italien geschlagen, das dadurch das Sextental und einen leichteren Zugang nach Kärnten von Westen her bekommt. Nordtirol und Südtirol werden dadurch völlig voneinander gerissen; letzteres, das Gebiet von Trient, wird sich wohl an Kärnten anschließen müssen. Das geographisch so einheitliche Kärnten wird zwischen drei Staaten geteilt, die Karawankenmauer in seinem Süden soll ihren jahrhundertalten Charakter als Grenzmauer verlieren. Italien greift im Kanaltal längs der Pontebbahn ins Draugebiet bis an den Eingang des Klagenfurter Beckens bei Thörl ein, beherrscht also den bei Österreich bleibenden westlichen Teil des Beckens mit Villach durch seine Geschütze. Das teilweise slowenische Gailtal bleibt bei Österreich. Die Ansprüche des Südslawenstaats auf kärtnerisches Gebiet waren Gegenstand vieler Erörterungen. Der Vertrag vom 2. Juni sprach ihm den ganzen Südosten des Landes mit Klagenfurt und Völkermarkt zu bis zu einer an einzelne Berge und meist an Bezirks Grenzen gelegenen, im besonderen noch zu bestimmenden Linie, welche die äußersten slowenischen Vorposten verband, und damit etwas mehr Deutsche als Slowenen. Dazu kam ein auf Volksabstimmung bezüglicher Vorbehalt, über den man sich aber nicht einigen konnte, der daher noch nicht mitgeteilt wurde. Die Kärntner verlangten Volksabstimmung nach vier Gebieten unter neutraler Aufsicht und nach vollzogener Räumung durch die jugoslawischen „Groberer“. Der endgültige Vertrag brachte aber eine Dreiteilung. Der fast rein slowenische südöstliche Teil, also das Mießgebiet mit den Bleibergwerken und das Drautal unterhalb der Lavantmündung fällt ohne weiteres an den Südslawenstaat. Im Großteil des in Frage stehenden Gebiets mit Völkermarkt soll eine Volksabstimmung innerhalb dreier Monate, aber unter südslawischer Besetzung und Verwaltung stattfinden. Je nach ihrem Ausgang findet eine solche höchstens drei Wochen später im Klagenfurter Gebiet im engeren Sinne statt oder fällt dieses ohne weiteres an Österreich, wie wir schon darlegten. Dieses Gebiet ist so umschrieben, daß die Grenze vor den Toren der Stadt liegt und diese von ihrer Wasserleitung abschneidet. Sie ist wesentlich durch Gewässer, nämlich Wörthersee, Glanfurt, Glan und Gurk bestimmt. Wie immer das Ergebnis ausfällt, ist das Becken von Osten her den Südslawen ebenso schutzlos preisgegeben, wie von Westen den Italienern. Eine wirtschaftliche Einheit wird zerrissen, der Ausgang des Lavantals von einer Grenze abgeschnitten, die Südbahnlinie im südalpinen Längstalgzug in ein italienisches, deutsch-österreichisches und südslawisches Stück zerrissen. Die von Norden kommenden Bahnen enden blind, in Kärnten, wie in Steiermark und am Brenner, ohne eine inländische Verbindung. Der gegenseitige Verkehr der südlichen Länder Deutsch-Oesterreichs liegt in der Hand der Nachbarstaaten.

Würde die Naturgrenze der Karawanken nicht beachtet, so noch weniger ihre Fortsetzung, der Weitensteiner Zug, der Steiermark eine gute Südgrenze gäbe. Man hatte keine Aussicht, ihn zu behaupten, hoffte aber die verkehrs-

geographische und wirtschaftliche, vom deutschen Marburg beherrschte Einheit des Drau-Engtals und das Pottauer Gebiet zu retten und wir machten insbesondere geltend, daß das Bacherengebirge, nördlich der Drau unbewohntes Waldland und eine Verkehrscheide ist, das Draufeld bei Pottau aber eine scharfbegrenzte wirtschaftliche Einheit darstellt. Die Slowenen setzten aber ihre angebliche „ethnographische Grenze“ durch, die auf der unwahren Behauptung beruht, die Gebiete bis über die Mur seien erst im letzten Jahrhundert (durch die österreichische Regierung, die immer die Slowenen begünstigte) „germanisiert“. Der 2. Juni sprach dem Südslawenstaat als Grenze zunächst die niedere, wenig trennende Wasserscheide nördlich der Drau, den sogenannten Posrud zu, von dem aus die mittelsteirische Ebene beherrscht und Graz bedroht werden kann, der aber ein unselfständiger niederer Zug des Bachers ist. Dann geht diese Grenze längs einer Bezirksgrenze in das rein deutsche Gebiet an die Mur, folgt diesem Fluß und schneidet schließlich nördlich von ihm die deutsche Stadt Radkersburg mit Umgebung von Deutsch-Oesterreich ab, um den Slowenen der Steiermark eine von Kroatien unabhängige Verbindung mit jenen des „Übermurgelbiets“ in Ungarn zu geben. Da das Marburger Draugebiet über 52 v. H. Deutsche hat, war diese Linie auch dort der Sprachgrenze nicht angemessen. Die Steirer verlangten daher Volksabstimmung im Marburger und Radkersburger Gebiete, eventuell auch bei den deutschfreundlichen Slowenen um Pottau. Das weitere schildert ihr Vertreter in St. Germain, Dr. Kamniker aus Radkersburg in der Grazer „Tagespost“ vom 18. September. Die Denkschrift vom 6. August verlangte zwei Abstimmungszonen, nämlich das Drautal mit Marburg und Umgebung und das Murtal mit Radkersburg und dem südlich der Mur gelegenen, rein deutschen Abstaler Becken. „Am 25. August hatte der Oberste Rat die Volksabstimmung für das Marburger und Radkersburger Gebiet entsprechend der steirischen Denkschrift beschlossen. Da ging wieder ein Sturm laufen der Jugoslawen los, die von ihrem alten Freunde Tardieu geführt wurden. Diesem gelang es auch Lord Balfour umzustimmen; in der Gebietskommission wurde geltend gemacht, daß die Gerichtsbezirke keine Verwaltungseinheiten bilden und nur die politischen Bezirke als solche zu gelten haben, demnach die Ausdehnung auf diese ausgedehnt werden müsse.“ Dieser Einwand ist bezeichnend für die Slowenen. Sie wußten ganz genau, daß der Gerichtsbezirk in Steiermark zugleich Steuer- und Straßenbezirk ist und eine autonome Bezirksvertretung hat. Aber sie operierten mit dem Namen. Nun wurde also ein so großes Abstimmungsgebiet in Frage gezogen, daß ein für Deutsch-Oesterreich günstiges Ergebnis zweifelhaft wurde. Über das weitere sagt Kamniker, der damals schon heimgesendet war, nur folgendes: „Der Widerstreit der Meinungen und die allgemeine Müdigkeit der Konferenz führte schließlich zu der Entscheidung, die Mur als Grenze zu ziehen, ohne der Tatsache Rechnung zu tragen, daß das deutsche rechte Murufer mit dem Abstaler Becken in unlöslichem sprachlichen und wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem Norden steht.“ Dadurch ging Marburg und ein Stadteil von Radkersburg verloren, der Rest des Städtchens wurde gerettet. Dieses Beispiel ist bezeichnend für das „großzügige“ Vorgehen, sobald das deutsche Volk in Frage kam. Wasserscheiden- und Flußgrenzen, in Kärnten fast ganz vernachlässigt, sollen in Tirol und Steiermark das alte Schema zu Ehren bringen.

Deutschwestungarn ist der einzige Gewinn Deutsch-Oesterreichs, der aber verloren gehen mag, wenn die Regierung weiter zaudert, zuzugreifen. 4360 Quadratkilometer mit 345 000 Einwohnern, davon 246 000 Deutschen, 49 000 Kroaten, 44 000 Magyaren sollen uns zuwachsen. Das ganze deutsche Gebiet

in den vier Komitaten umfaßt aber 5379 Quadratkilometer mit 491 000 Seelen, davon 314 000 Deutschen, 56 000 Kroaten, 98 000 Magyaren. Eine fast nirgends an natürliche Linien gebundene, durch einzelne Fixpunkte bestimmte Grenze weist den Großteil des deutschen Gebiets an Osterreich, von dem Rest zunächst einige Randgebiete — in allzugroßer Rücksichtnahme auf die magyarisierten Städte und auf gewisse Verkehrswege doch mehr, als erwünscht — an Jugoslawien und Ungarn. Ferner fällt Preßburg an die Tschechen, die aus ihm einen Verkehrsmittelpunkt machen wollen. Da sie auch eine nur durch Ungarn gehende Verbindung mit Jugoslawien, als Ersatz für den früher erstrebten slawischen Korridor zur Adria wünschen, soll auch der wertvolle deutsche Osten der Wieselburger Gespanschaft bei Ungarn bleiben. Dadurch verliert das von Osterreich neu erworbene Gebiet die Möglichkeit, ein selbständiges Land zu bilden. Der Süden des schmalen Streifens wird zur Steiermark, der Norden zu Niederösterreich gelangen müssen — ein Umstand, den die magyarische Gegenagitation ausbeutet. Die neue Grenze, die im einzelnen noch festgelegt werden muß, ist bis auf kleine Kamm- und Sumpfstrecken durchaus offen. Auch der Vorteil, daß die Staatsgrenze etwas weiter von der Hauptstadt entfernt wird, ist gerade an der wichtigsten Stelle, eben bei Preßburg, durch das Eingreifen der Tschechen nicht erreicht worden.

Niederösterreich sollte die March an die Tschechen verlieren und damit jede Beteiligung an einem Donau-Oberkanal. Die widersinnige Grenze, die man am 2. Juni zwischen Fluß und Bahn zog, wurde dann fallen gelassen. Die Grenze folgt dem Fluß. Auch im Norden Niederösterreichs verlangten die Tschechen wegen kleiner Minderheiten große deutsche Gebiete. Diese Forderung wurde zum größten Teile fallen gelassen und es blieben sogar recht unregulierte und gewundene Grenzstrecken bestehen. Aber die Tschechen brachten neben ihren Sprachinseln und Minderheiten in jenen Gegenden doch auch die deutsche Stadt Feldsberg und die Querbahn, an der sie liegt, ferner den Bahnhof und die Werkstätten des uns verbleibenden Smünd in ihre Hand, sie legten auch die Grenze an diesen Stellen auf günstige Höhen und beherrschen zum Beispiel die von Smünd ausgehende Lokalbahn. Sie haben aber mit dieser ziemlich unerwarteten Forderung wohl in erster Linie nicht den Zweck verfolgt, die Beute zu machen, die ihnen dabei nebenher zufiel, sondern durch eine Gegenforderung das Verlangen Deutsch-Osterreichs nach dem Böhmerwaldgebiet, Neubitzitz und Deutschsüdmähren rasch zu Fall zu bringen.

Das führt uns auf die größte Einbuße Deutsch-Osterreichs zurück, den Verlust der Sudetenländer. Geographisch hängen sie mit den Ostalpen- und Donauländern so wenig zusammen, daß das Kartenbild des jungen Staates geradezu phantastisch aussah. Die geographischen und historischen Argumente der Tschechen mußten bei der Entente, die nicht Völkerfriedens-, sondern Kriegsgedanken im Auge hat und Wert auf „gute Grenzen“ ihrer Freunde legt, um so durchschlagender sein, als die Sprachgrenze an sich offen und gewunden genug ist. Ein schlagender Einwand hätte sich nur dann ergeben, wenn die Vertreter der deutschen Randgebiete der Lehre von der hydrographischen, geographischen und wirtschaftlichen Einheit der Böhmisches Krone ihre engen nationalen, kulturellen, verkehrsgeographischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den deutschen Nachbarländern Bayern, Sachsen, Schlesien entgegengestellt hätten — und nicht theoretisch, sondern durch die Tat. Der Anschluß Deutsch-Osterreichs in getrennten Teilen an das Deutsche Reich hätte — das erkennen wir leider erst jetzt mit voller Deutlichkeit — allein den Verlust dieser Gebiete

verhindern können, wenn dies überhaupt möglich war. Er hätte der Welt zum Bewußtsein gebracht, daß Deutschböhmen und Deutschnordmähren als Grenzmarken eines Staates, der seine Grenzgebirge ganz inne hat, geographisch berechtigt und lebensfähig sind — ebenso lebensfähig wie im Foché von Prag, aus dem das böhmische Deutschtum seit Jahrzehnten in den Zusammenhang eines größeren Ganzen strebte. Auch im einzelnen ist z. B. der Böhmerwaldgau ein unnatürlicher Zipfel Oberösterreichs, aber ein gesunder Teil Bayerns. Immer haben die südlichen Teile des Sudetendeutschtums den räumlichen Zusammenhang mit Deutsch-Österreich geltend machen können und ihre Angliederung an dieses hätte die Grenze kaum verschlechtert. Dem mußten die Tschechen vorbeugen und das geschah durch die auf recht magere Argumente gestützten „wirtschaftlichen“ und „nationalen“ Ansprüche im nördlichen Niederösterreich. Durch den Verlust der sudetenländischen Deutschen vor allem aber ist Deutsch-Österreich arm geworden, arm an Gütern und Energien. Soll das alpenländische Deutschtum, soll das verängstigte und allseits angefeindete Wien wieder zu sich kommen und sich zu rascher Arbeit aufraffen, so muß es den Blick auf das Beispiel richten, das ihm die Deutschen im Tschechenstaat bieten und es darf vor allem auch die Zusammenfassung aller Kräfte nicht durch den Gegensatz der Länder untereinander und zu Wien verhindern lassen. Zentralismus oder Autonomismus, sei es auch Föderalismus, aber keine Auflösung! Der Friede von St. Germain, der uns das Lehren sollte, hat aber durch die Grenz- und Gebietsformen, die er schuf, sehr dazu beigetragen, die Landesgrenzen, die während des Krieges schon immer mehr Mauern wurden, zu chinesischen Wällen zu machen, hinter denen jeder Teil seinen wirtschaftlichen Sonderinteressen nachstunt und dabei Gefahr läuft, die gemeinsame Lebensnotdurft zu verfehlen. Die neue Verfassung muß den Frieden zwischen Staat und Ländern, wie von Land zu Land, endgültig bringen. Sonst ist sie wertlos.



Der amerikanische Völkerbundsgedanke als Fortsetzung des britischen „europäischen Gleichgewichtsgedankens“

Von Kapitänleutnant Stof



U n Anbetracht der deutschen Neigung, dem Völkerbundsgedanken Wilsons pazifistische Grundanschauungen beizulegen und ihn den Ideen eines Kant näher zu bringen, erscheint es geboten, auf folgendes hinzuweisen:

Die heutige Stellung der Vereinigten Staaten und die Ziele, die dieses Imperium verfolgt, sind nur zu verstehen aus geschichtlicher Betrachtung. Besonders lehrreich wirkt der Vergleich mit dem britischen Imperium.

Der Boden der Vereinigten Staaten kann im Gegensatz zu dem Boden Europas mit seinen eingeborenen Kulturvölkern als koloniales Neuland bezeichnet werden. Mit dem Wachstum der europäischen Völker war es natürlich, daß dieser Kolonialboden in zunehmendem Maße besiedelt wurde. Alle europäischen Völker mit geringem Heimatboden hatten an einer solchen Besiedelung und Wirtschaftsausnutzung ein Interesse. Es ist natürlich, daß in dieser Beziehung